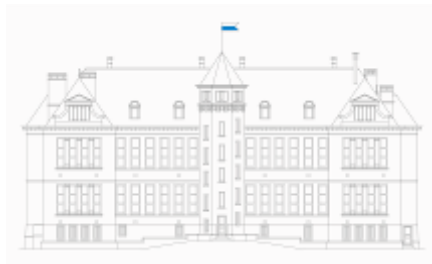


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP-PLENUM VOM 07. - 10.03.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt der Debatten standen die Themen Libyen / Südliches Mittelmeer und Koordinierung der Wirtschaftspolitik / Schutz des EURO, die auch Gegenstand der Sondersitzungen des Europäischen Rats bzw. der Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe am 11.03.2011 sind. Diese Tagungen begannen nach Fertigstellung dieses Europaberichts.

Von den gefassten Beschlüssen sind zu nennen:

- Kritik an Türkei in Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2010
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0090+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
- Verleihung des Kandidatenstatus für Montenegro begrüßt
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0091+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
- Europäische Strategie für den atlantischen Raum gefordert
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0089+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
- Kontroverse über Sitzungskalender 2012/2013
<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110309IPR15174/html/Parliament-approves-plenary-session-dates-for-2012-and-2013>

NEUE KOMMISSIONSMITTEILUNG ZU PARTNERSCHAFT MIT DEM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM

Die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik haben eine bezeichnete Mitteilung „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeerraum“ vorgelegt, die auf drei Säulen aufbauen soll:

- Unterstützung von Demokratisierung und Institutionenaufbau, Menschenrechte, Verfassungs- und Justizreform, Korruptionsbekämpfung
- Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Förderung persönlicher Kontakte



- Impulse für Wirtschaftswachstum, Entwicklung und Beschäftigung.

Neben der Anpassung der Unterstützungsprogramme und der geplanten Hilfe beim Aufbau demokratischer Staaten sind die Bereiche Energiepolitik, Handel und Einwanderungs-/Visapolitik hervorzuheben.

Die Mitteilung findet sich auf Deutsch unter:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/pdf/20110308_de.pdf

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/268&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

ERWEITERUNG: KOMMISSION LEGT NEUEN ZWISCHENBERICHT ÜBER REFORMFORTSCHRITTE KROATIENS IM BEREICH JUSTIZ UND GRUNDRECHTE VOR

Die Kommission hat einen neuen Zwischenbericht über die Fortschritte Kroatiens bei der Erfüllung der Anforderungen des besonders wichtigen Verhandlungskapitels Justiz- und Grundrechte vorgelegt. Sie bescheinigt Kroatien erhebliche Fortschritte, gleichzeitig seien aber noch weitere Anstrengungen nötig. Erweiterungskommissar *Füle* nannte die von der ungarischen Präsidentschaft unterstützte Zielsetzung der kroatischen Regierung, bis Ende Juni zum Verhandlungsabschluss zu kommen, sehr ehrgeizig.

Der Zwischenbericht findet sich auf Englisch unter:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/docs/news/interim_report_hr_ch23_en.pdf

Kurzzusammenfassung in der Pressemitteilung der Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/244&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 24./25.02.2011: INNENPOLITIK

- Rückübernahmeabkommen EU-Türkei nach heftigen Diskussionen gebilligt
- Bericht über Nationalen Migrationsaktionsplan Griechenlands: Kommission sieht noch erheblichen Handlungsbedarf
- Bericht über Konsequenzen der Visaliberalisierung für die westlichen Bal-



kanstaaten: Kein Anstieg der illegalen Einwanderung

- Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission zur Strategie für die Innere Sicherheit der EU
- Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission „Gesamtkonzept für den Datenschutz in der EU“
- Schlussfolgerungen zur Rolle des Rates bei der Gewährleistung einer wirksamen Umsetzung der EU-Grundrechtecharta.

EUGH: ÜBERTRAGUNG DES RETTUNGSDIENSTES IN BAYERN IST KEIN AUSSCHREIBUNGSPFLICHTIGER DIENSTLEISTUNGS-AUFTRAG

Der EuGH hat im Zuge eines Vorabentscheidungsersuchens des Oberlandesgerichts München entschieden, dass Verträge über die Übertragung öffentlicher Rettungsdienstleistungen nach dem Bayerischen Rettungsdienstgesetz als „vertragliche Dienstleistungskonzessionen“ zu qualifizieren und damit nicht ausschreibungspflichtig sind. Die Richter haben damit unerwartet deutlich zur Frage der Unterscheidung zwischen Dienstleistungsaufträgen und Dienstleistungskonzessionen Stellung genommen und stützen somit die von der Bayerischen Staatsregierung vertretene Rechtsauffassung.

EUGH STÄRKT RECHTE VON ELTERN OHNE EU-STAATSBÜRGERSCHAFT

Der EuGH hat im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens am 08.03.2011 entschieden, dass Nicht-EU-Bürger automatisch ein Aufenthaltsrecht in der EU haben, wenn ihre minderjährigen Kinder die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes besitzen. Andernfalls wären die Kinder gezwungen, gemeinsam mit ihren Eltern die EU zu verlassen und könnten somit den Kernbestand ihrer unionsbürgerlichen Rechte nicht nutzen.

KOMMISSION LEGT ENERGIEEFFIZIENZPLAN 2011 VOR

Die Kommission hat am 08.03.2011 den Energieeffizienzplan 2011 vorgelegt, in dem konkrete Maßnahmen zu Erreichung des Ziels einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis zum Jahr 2020 vorgeschlagen werden. Für den Baubereich formuliert die Kommission u. a. folgende Ziele:

- „Nearly-Zero“-Standard für öffentliche Neubauten



- Verpflichtung zur Sanierung von mindestens 2 % des öffentlichen Gebäudebestands
- Sanierung von privaten Wohngebäuden mit Mitteln aus Europäischen Fonds
- Neue EU-Rechtsvorschriften zur Lösung des „Investor-Nutzer-Dilemmas“.

GEMEINSAME KONTROLLINSTANZ: EUROPOL VERNACHLÄSSIGT DATENSCHUTZ BEI ANWENDUNG DES SWIFT-ABKOMMENS

In einem am 02.03.2011 veröffentlichten Bericht über die korrekte Anwendung des TFTP/SWIFT-Abkommens zwischen der EU und den USA bescheinigt die Gemeinsame Kontrollinstanz von Europol der europäischen Polizeibehörde einen nachlässigen Umgang mit Datenschutzvorschriften. Abgeordnete des EP sehen nun die Fortführung des Abkommens gefährdet und fordern die Kommission und den Europäischen Datenschutzbeauftragten auf, die Beachtung der Datenschutzvorschriften bei der Anwendung des Abkommens zu überprüfen.

RAT BILLIGT SCHENGENBEITRITT LIECHTENSTEINS

Der Rat hat in seiner Sitzung am 07.03.2011 ohne Aussprache den Schengenbeitritt von Liechtenstein gebilligt. Das Fürstentum wird damit 26. Mitglied und vierter Nicht-EU-Mitgliedstaat des Schengengeräums.

KOMMISSION STARTET KONSULTATIONSVERFAHREN ZUM UMGANG MIT GRENZÜBERSCHREITENDEN GESUNDHEITSVERFAHREN

Mit einem am 04.03.2011 gestarteten Konsultationsverfahren im Bereich der Gesundheitssicherheit soll die Frage beantwortet werden, wie die EU-Bürger bei grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen wie z. B. Infektionskrankheiten, nuklearen, biologisch oder chemisch bedrohlichen Ereignissen die EU-Bürger am besten geschützt werden können. Unter anderem werden auch Fragen zur Bereitschafts- und Reaktionsplanung, zur Risikobewertung, zum Risikomanagement und zur Kommunikation mit Bürgern und Experten gestellt.

BAUPRODUKTENVERORDNUNG ABSCHLIESSEND GEBILLIGT

Nach dem EP hat nun auch der Rat am 28.02.2011 die Verordnung zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten



(Bauproduktenverordnung) angenommen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EUGH: ÜBEREINKOMMEN ZUR EUROPÄISCHEN PATENTGERICHTS- BARKEIT MIT DEM UNIONSRECHT NICHT VEREINBAR

In seinem am 08.03.2011 vorgelegten Gutachten hat der EuGH die angestrebte völkerrechtliche Konstruktion eines neuen europäischen Patentgerichtssystems verworfen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-03/cp110017de.pdf>

JI-RAT AM 24./25.02.2011 IN BRÜSSEL

Der JI-Rat am 24./25.02.2011 traf im rechtspolitischen Teil keine Entscheidungen. Behandelt wurden lediglich einige laufende Gesetzgebungsarbeiten.

- Novellierung der Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14436.de10.pdf>
- Recht auf Belehrung in Strafverfahren
- Revision der Brüssel I-Verordnung
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/19497.pdf
- Migration des Europäischen Justiziellen Netzwerks auf das E-Justice Portal
- Information der Kommission zur Konsultation „Sammelklagen“.

VERKNÜPFUNG VON UNTERNEHMENSREGISTERN

Am 24.02.2011 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Verknüpfung der Unternehmensregister der Mitgliedstaaten vorgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/company/business_registers/index_de.htm



KOMMISSION WILL HÖHEREN FRAUENANTEIL IN VORSTANDSETAGEN ERZWINGEN

Die Kommission beriet am 01.03.2011 mit Vertretern großer börsennotierter Unternehmen, ob der Frauenanteil in Vorstandsetagen über Selbstverpflichtung oder über gesetzliche Regelungen erhöht werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/242&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/124&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6562&langId=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=764&langId=de>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=418>

MEHR RECHTSSACHEN ABER KÜRZERE VERFAHRENSDAUER VOR EUGH

Im Jahr 2010 gingen beim Europäischen Gerichtshof 631 neue Rechtssachen ein, die bisher höchste Zahl (2009: 562). 522 Rechtssachen wurden abgeschlossen (209: 543). Die durchschnittliche Dauer der Vorabentscheidungsverfahren lag bei 16,1 Monaten, dem niedrigsten bekannten Wert.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-03/cp110013de.pdf>

KROATIEN MUSS IM BEREICH JUSTIZ UND GRUNDRECHTE NACHBESSERN

In ihrem Zwischenbericht vom 02.03.2011 kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass Kroatien beim Erweiterungskapitel 23 – Justiz und Grundrechte – noch erhebliche Anstrengungen erbringen muss.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/244&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=enN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/142&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KONSULTATION ZU EU-PROJEKT BONDS

Die Kommission hat am 28.02.2011 eine Konsultation zu den sogenannten



„Europa-2020-Projektanleihen" gestartet. Mit den Projektbonds sollen Investitionen in langfristige Infrastruktur-Projekte, die u. U. erst viele Jahre später Gewinne abwerfen, für institutionelle Anleger wie Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen attraktiver gemacht werden. Projektbonds sind zu unterscheiden von den im Zusammenhang mit der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion diskutierten Eurobonds. Bei letzteren geht es vereinfacht dargestellt um eine gemeinsame Schuldenaufnahme der Mitgliedstaaten des Euroraums. Projektbonds würden demgegenüber von privaten Projektgesellschaften ausgegeben und durch Garantien der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder der EU abgesichert werden. Das Rating der von den Projektträgern emittierten vorrangigen Schuldtitel soll verbessert werden, indem ein Teil der Risiken des Projekts durch den EU-Haushalt und die EIB getragen wird. Die Konsultation läuft bis 02.05.2011. Die Projektbonds sollen im Zuge des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens ab 2014 eingeführt werden. Einen konkreten Vorschlag zur Projektbond-Initiative wird die Kommission bis Juni 2011 unterbreiten

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

STELLUNGNAHME DES AFCO-AUSSCHUSSES IM EP ZUR EINRICHTUNG EINES STABILITÄTSMCHANISMUS FÜR DEN EURORAUM

Am 16./17.12.2010 hatte sich der Europäische Rat (ER) auf eine Änderung von Art. 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geeinigt, um den vom ER geplanten permanenten Krisenmechanismus zur Stabilisierung des Euroraums vertraglich zu verankern. Die Kommission hat bereits am 15.02.2011 zur geplanten Vertragsänderung Stellung genommen (EB 04/11). Die Stellungnahme des EP steht noch aus. Der in dieser Angelegenheit federführend zuständige Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) hat über seinen Bericht am 07.03.2011 abgestimmt. Der Ausschuss lehnt die begrenzte Vertragsänderung als Grundlage für die Schaffung eines dauerhaften Krisenmechanismus für den Euroraum zwar nicht von vorneherein ab, kritisiert aber, dass der dauerhafte Krisenmechanismus rein intergouvernemental eingerichtet werden soll und damit nicht ausreichend im institutionellen Rahmen der EU verankert ist. Im Plenum wird das EP voraussichtlich am 24.03.2011 abstimmen. Auf seiner Tagung am 24./25.03.2011 wird der ER formal über die Vertragsänderung entscheiden. Auch wenn das EP zur



Vertragsänderung nur angehört wird, so hat seine Stellungnahme doch erhebliche politische Bedeutung.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0052+0+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR INNOVATIVEN FINANZIERUNG AUF GLOBALER UND EUROPÄISCHER EBENE

Das EP hat am 08.03.2010 eine EntschlieÙung zur innovativen Finanzierung auf globaler und europäischer Ebene angenommen. Aus Sicht des EP kann die Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Funktionsweise der Finanzmärkte verbessern, die Transparenz erhöhen, übermäßige Preisvolatilität verringern und Anreize für langfristige Investitionen mit einem Mehrwert für die Realwirtschaft schaffen. Die EU solle daher die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene fördern. Sollte diese auf globaler Ebene nicht durchsetzbar sein, soll sie in einem ersten Schritt auf EU-Ebene eingeführt werden. Die Kommission hat zur Besteuerung des Finanzsektors am 22.03.2011 eine Konsultation gestartet. Sie tendiert – auf EU-Ebene – derzeit zu einer Finanzaktivitätssteuer, bei der anders als bei der Finanztransaktionssteuer nicht Transaktionen mit Wertpapieren besteuert werden, sondern Gewinne und Gehälter bei Finanzinstituten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0080+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN BEI DER FÖRDERUNG DES VERANTWORTUNGSVOLLEN HANDELNS IM STEUERBEREICH

Das EP hat am 08.03.2011 eine EntschlieÙung zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich angenommen. Das EP zeigt sich besorgt darüber, dass die Steuersysteme in vielen Entwicklungsländern nach wie vor durch eine extrem schmale Steuerbasis, Steuerbefreiungen und starke Anreize für Steuerflucht geprägt sind. Die Kommission wird daher aufgefordert, die Steuerbehörden, die Justiz und die Betrugsbekämpfungsbehörden in den Entwicklungsländern bei der Errichtung eines progressiven und nachhaltigen Steuersystems zu unterstützen. Daneben fordert das EP die Abschaffung von Steueroasen.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0082+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

LEITLINIEN FÜR DAS HAUSHALTSVERFAHREN 2012

Das EP hat mit einer EntschlieÙung vom 09.03.2011 Leitlinien für das Haushaltsverfahren 2012 aufgestellt. Es ist der Auffassung, dass der Haushaltsplan des EP und der übrigen Institutionen für das Jahr 2012 im Zeichen der Konsolidierung stehen sollte. Priorität habe eine wirtschaftliche Haushaltsführung. Durch die Bemühungen um Konsolidierung sollen jedoch keine Investitionen (z. B. in Technologien) verhindert werden. Das EP betont, dass es in seinem Bereich eine verantwortungsvolle und restriktive Haushaltsführung verfolgen wolle. Abgesehen von der Berücksichtigung der Inflationsrate sollen im Einzelplan des EP keine Mittelерhöhungen vorgenommen werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0088+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ECON-AUSSCHUSS DES EP NIMMT BERICHT ZU LEERVERKÄUFEN UND BESTIMMTEN ASPEKTEN VON CREDIT DEFAULT SWAPS (CDS) AN

Am 07.03.2011 hat der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP zum Vorschlag für eine Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps; CDS) einen Bericht angenommen. Der Ausschuss spricht sich für ein Verbot von ungedeckten CDS-Käufen zur reinen Spekulation auf den Wertverlust von Staatsanleihen bzw. den Anstieg der Zinssätze für einen EU-Staat aus. Ungedeckte Leerverkäufe sollen nicht vollständig verboten werden. Es soll aber die sanktionsbewehrte Verpflichtung bestehen, diese am Ende des jeweiligen Handelstages mit entsprechenden Wertpapieren zu unterlegen. Vor der Plenarabstimmung im EP soll ein Kompromiss mit dem Rat gefunden werden, damit die Verordnung in erster Lesung verabschiedet werden kann.

Text des Berichts:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/econ/pr/840/840448/840448de.pdf

Pressemitteilung des EP (auf Englisch):

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110307IPR14994/html/MEPs-crack-down-on-sovereign-debt-speculation-and-naked-short-selling>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION LEGT AKTIONSPLAN ZUR STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ UM 20 % VOR

Die Kommission hat am 08.03.2011 den Energieeffizienzaktionsplan 2011 vorgelegt. Die darin angekündigten Maßnahmen sollen zu einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis zum Jahr 2020 beitragen. Dieses politische Ziel hat sich die EU im Jahr 2007 gesetzt, die Staats- und Regierungschefs haben es beim Sondergipfel am 04.02.2011 bekräftigt. Momentan sei man jedoch erheblich im Rückstand und würde ohne weitere Maßnahmen allenfalls die Hälfte des vereinbarten Ziels erreichen. Die geplanten Maßnahmen konzentrieren sich vor allem auf die energetische Sanierung des Gebäudebestands, insbesondere von öffentlichen Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie und bei Haushaltsgeräten sowie die Einführung intelligenter Netze und Zähler. Die Kommission möchte im Jahr 2013 die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Energieeinsparung überprüfen; wenn ihr daraufhin das 20 %-Ziel nicht erreichbar erscheine, werde sie rechtsverbindliche Einsparziele vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/271&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

FAHRPLAN FÜR EINE CO₂-ARME WIRTSCHAFT BIS 2050

Die Kommission (Klimaschutzkommissarin *Connie Hedegaard*) hat am 08.03.2011 ihren Fahrplan für eine wettbewerbsfähige CO₂-arme Wirtschaft bis 2050 vorgestellt. Bis 2050 soll in der EU selbst eine Reduzierung von 80 % gegenüber dem Basisjahr 1990 erreicht werden; durch ein System von Gutschriften und den Handel mit Emissionszertifikaten könnten der EU weitere 15 % Einsparungen zugerechnet werden. Als Zwischenziele ruft die Kommission CO₂-Reduzierungen von 40 % bis 2030 und 60 % bis 2040 aus. Dazu müssen zwar nach Ansicht der Kommission jährlich ca. 270 Mrd. € – dies entspricht etwa 1,5 % des EU-Bruttoinlandsprodukts – in den Klimaschutz investiert werden; diesen Investitionen stünden jedoch Einsparungen von jährlich 175 - 320 Mrd. € allein durch den reduzierten Energieverbrauch gegenüber. Dazu kämen neue Arbeitsplätze, höhere Produktivität und Innovationsfortschritte, eine Reduzierung der Abhängigkeit von Drittstaaten und die



Verbesserung der Lebensqualität durch sauberere Luft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/272&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR ENERGIESTRATEGIE 2020

Am 28.02.2011 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Energiestrategie 2020 der Kommission vom 10.11.2010 (EB 19/10) sowie zur langfristigen Ausrichtung der Energiepolitik bis zum Jahr 2050 angenommen. Im Wesentlichen präzisieren sie die Schlussfolgerungen des Sonder-ER zum Thema Energiepolitik vom 04.02.2011. Im Einzelnen betreffen die Festlegungen die Verwirklichung des Energiebinnenmarkts, die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau der Energieinfrastruktur, Forschung und Innovation, die Nutzung der heimischen Energiequellen einschließlich erneuerbarer Energien sowie die Energieaußenpolitik.

Schlussfolgerungen des Rates:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06207-re01.de11.pdf>

AGENTUR FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER ENERGIE-REGULIERUNGSBEHÖRDEN (ACER) NIMMT ARBEIT AUF

Energiekommissar *Günther Oettinger* und der slowenische Ministerpräsident *Borut Pahor* haben am 03.03.2011 die Agentur zur Kooperation der Energie-regulierungsbehörden (Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER) offiziell eröffnet. Die Agentur mit Sitz in Ljubljana/Slowenien soll die Arbeit der nationalen Regulierungsbehörden koordinieren und unterstützen und so dazu beitragen, die technischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Energiehandel zu beseitigen. Die Kommission erhofft sich dadurch einen verstärkten Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt. Direktor der Agentur ist der Italiener *Alberto Pototschnig*. Gleichzeitig mit der Eröffnung der Agentur endete auch die Umsetzungsfrist für die beiden Richtlinien des dritten Binnenmarkt-Pakets; die unmittelbar anwendbaren Verordnungen des Pakets gelten ebenfalls vollumfänglich seit 03.03.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/246&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KOMMISSION BEWERTET BESTIMMUNG DES ÖSTERREICHISCHEN ÖKOSTEUERGESETZES ZUGUNSTEN ENERGIEINTENSIVER UNTERNEHMEN ALS VERSTOSS GEGEN DAS BEIHILFERECHT

Die Kommission hat am 08.03.2011 eine Bestimmung der Novellierung des österreichischen Ökosteuergesetzes von 2008 als Verstoß gegen das Verbot staatlicher Beihilfen gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV eingestuft und eine Genehmigung verweigert (Verfahren C 24/2009). Die Bestimmung sah vor, dass besonders energieintensive Unternehmen von der Abnahmeverpflichtung für Ökostrom befreit werden können, der teurer ist als herkömmlicher Strom. Nach der Analyse der Kommission wäre eine solche Ausnahme vollumfänglich zu Lasten anderer Unternehmen und Privathaushalte gegangen, die entsprechend mehr von dem teureren Ökostrom abnehmen müssten. Die Kommission stufte die Beihilfe daher als wettbewerbsverzerrende reine Betriebskostenbeihilfe ein, die keinerlei Vorteile für die Umwelt mit sich bringt. Eine Genehmigung nach den von der Kommission der Prüfung zu Grunde gelegten EU-Leitlinien für Umweltschutzbeihilfen kam daher aus ihrer Sicht nicht in Betracht.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU PROJEKT BONDS ALS INNOVATIVEM FINANZIERUNGSMITTEL

Die Kommission hat am 28.02.2011 eine Konsultation zu den sog. „Europa-2020-Projektanleihen“ gestartet. Die Anleihen sollen dazu beitragen, dass privates Kapital – etwa von institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen – für die Finanzierung von großen Infrastrukturvorhaben mobilisiert werden kann. Die Kommission sieht einen Investitionsbedarf zwischen 1,5 und 2 Bill. € bei transeuropäischen Verkehrsnetzen, Energieinfrastruktur und Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Projektbonds würden von privaten Projektgesellschaften ausgegeben und durch Garantien der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder der EU abgesichert. Stellungnahmen können bis zum 02.05.2011 abgegeben werden.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



ECON-AUSSCHUSS DES EP NIMMT BERICHT ZU LEERVERKÄUFEN UND BESTIMMTEN ASPEKTEN VON CREDIT DEFAULT SWAPS (CDS) AN UND WILL REINE SPEKULATION AUF CDS VERBIETEN

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP hat am 07.03.2011 den Berichtsentwurf des Abgeordneten *Pascal Canfin* (Grüne/Frankreich) zu Leerverkäufen und bestimmten Aspekten von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) angenommen. Der Bericht zum Kommissionsvorschlag für eine entsprechende Verordnung vom 15.09.2010 (EB 15/10) sieht ein Verbot von ungedeckten CDS-Käufen zur reinen Spekulation auf den Wertverlust von Staatsanleihen oder den Anstieg der Zinssätze für einen EU-Staat vor. Ungedechte Leerverkäufe sollen nicht vollständig verboten, jedoch mit der sanktionsbewehrten Pflicht verbunden werden, dass sie am Ende des jeweiligen Handelstages mit entsprechenden Wertpapieren unterlegt werden. Dazu kommen neue Transparenzregeln und Informationspflichten.

Text des Berichts:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/econ/pr/840/840448/840448de.pdf

Pressemitteilung des EP (auf Englisch):

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110307IPR14994/html/MEPs-crack-down-on-sovereign-debt-speculation-and-naked-short-selling>

EP-PLENUM NIMMT ENTSCHEIDUNGSANTRÄGE ZU INNOVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN SOWIE ZUR INDUSTRIEPOLITIK AN

Auf der Plenarsitzung vom 07. - 10.03.2011 hat das Plenum des EP einen Bericht über innovative Finanzinstrumente (Berichterstatterin *Anni Podimata*, S&D/Griechenland, 529 Stimmen bei 127 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen) angenommen, der insbesondere die Einführung einer Finanztransaktionssteuer befürwortet. Weiterhin setzt sich das EP für eine umfassende Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung ein (Berichterstatter *Bernd Lange*, S&D/Deutschland).

Die Texte der Entschlüsse finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0080+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (innovative Finanzinstrumente)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=TA&reference=20110309&secondRef=TOC> (Industriepolitik)



KONSULTATION ZUR VEREINFACHUNG DER FAHRZEUGZULASSUNG IN GRENZÜBERSCHREITENDEN FÄLLEN

Die Kommission hat am 03.03.2011 eine öffentliche Konsultation zur Vereinfachung beim Zulassungsverfahren für Fahrzeuge gestartet. Anlass hierfür sind die nach ihrer Ansicht zum Teil erheblichen bürokratischen Hindernisse bei der Überführung bereits zugelassener Fahrzeuge in einen anderen Mitgliedstaat, etwa im Falle eines Umzugs. Rund 5 % aller Meldungen bei der Binnenmarkt-Beschwerdestelle SOLVIT betreffen derartige Probleme. Die Kommission möchte mittels der Konsultation herausfinden, welche bürokratischen Hürden hier im Einzelnen bestehen, um Maßnahmen für Kosten- und Zeiteinsparungen für Bürger, Unternehmen sowie nationale Zulassungsstellen entwickeln zu können. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 26.05.2011 möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/252&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EGNOS: KOMMISSION STARTET SATELLITENNAVIGATIONSDIENST FÜR DIE LUFTFAHRT

Die Kommission hat am 02.03.2011 den sicherheitskritischen Dienst des Navigationssystems EGNOS (European Geostationary Navigation Overlay Service) für die Luftfahrt gestartet (Safety-of-Life Service). Der kostenfreie Dienst soll präzisere Anflüge ermöglichen und die Navigation sicherer machen. Die Kommission erwartet, dass damit auch Verspätungen, Umleitungen und Stornierungen von Flügen reduziert werden können. Durch eine effizientere Anflugplanung reduziere sich zugleich der Treibstoffverbrauch und damit der CO₂-Ausstoß. Flughäfen könnten mit EGNOS ihre Kapazitäten besser ausschöpfen und ihre Betriebskosten senken. Flugzeuge müssen zur Nutzung der EGNOS-Signale mit einem entsprechenden Empfänger ausgestattet sein, Flughäfen über besondere Anflugverfahren für ihre Landebahnen verfügen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/247&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT BEGRÜSST ZWISCHENEVALUIERUNG DES 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS

Der Rat hat am 09.03.2011 Schlussfolgerungen zur Zwischenevaluierung des laufenden 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP) angenommen. Die



Zwischenevaluierung ist ein wichtiger Zwischenschritt bei der Konzeption des 8. FRP (ab 2014). Der Bericht untermauert die forschungspolitische Ausrichtung, die sich in der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Europa 2020-Strategie angekündigt hat. Im Hinblick auf das 8. FRP wird in der Zwischenevaluierung des 7. FRP u. a. ein Umbau zu mehr Ergebnis- und Innovationsorientierung befürwortet. Die Ratsschlussfolgerungen stützen im Wesentlichen diesen Kurs (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

RAT BILLIGT BAUPRODUKTE-VERORDNUNG

Nach dem EP (EB 02/11) hat nun auch der Rat am 28.02.2011 die Verordnung zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten (Bauprodukte-Verordnung) angenommen. Die Verordnung wird 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten, viele der Regeln müssen allerdings erst ab dem 01.07.2013 angewendet werden, um den Unternehmen Zeit zur Anpassung zu geben.

Text der Verordnung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00005.de11.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EP-AGRARAUSSCHUSS: MDEP ALBERT DESS STELLT BERICHT ZUR GAP BIS 2020 VOR

Im Rahmen der Sitzung des EP-Agrarausschusses am 28.02.2011 stellte MdEP *Albert Deß* (EVP) seinen Entwurf eines Berichts „über die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen“ vor. Ziel ist danach, eine einfachere, gerechtere und verlässliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 mit einer soliden Finanzierung. Dies sei wichtig für die Landwirte, die Versorgungssicherheit, die nachhaltige Sicherung der natürlichen Ressourcen und die Entwicklung des ländlichen Raums. Wesentlicher Unterschied zur Mitteilung der Kommission ist die Verankerung der obligatorischen Umweltauflagen („Ökologisierungskomponente“) in der 2. Säule der GAP. In der anschließenden ersten Aussprache im Agrarausschuss signalisierten Abgeordnete verschiedener Fraktionen Zustimmung zu den Grundsätzen des Berichts. Kontrovers diskutiert wurde insbesondere die Verankerung der obligatorischen Umweltauflagen in der 2. Säule und deren Auswirkungen auf die allgemein als



nötig anerkannte bürokratische Vereinfachung sowie die Gerechtigkeit in der Agrarpolitik. Daneben betonten Vertreter aus den neuen Mitgliedstaaten die Bedeutung objektiver Kriterien für die Verteilung und die Höhe der Direktzahlungen. Änderungsanträge wurden von einigen Abgeordneten angekündigt. *Deß* signalisierte Kompromissbereitschaft. Er wolle den Bericht im Plenum mit großer Mehrheit abstimmen damit dieser im Legislativvorschlag der Kommission berücksichtigt werden könne. Die Abstimmung des Berichts im Agrarausschuss ist für Mai 2011, die Abstimmung im EP-Plenum für Juni 2011 vorgesehen.

Bericht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftReportsCom/comparlDossier.do?dossier=AGRI%2f7%2f04498&body=AGRI&language=DE>

KOMMISSIONS-ROADMAP: AGRARSEKTOR WICHTIG ZUR REDUZIERUNG DER TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Am 08.03.2011 wurde die „Roadmap for moving to a competitive low carbon economy in 2050“ von der Kommission veröffentlicht. Darin werden Leitlinien vorgestellt, wie die EU ihre Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80 - 95 % bis 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 erreichen kann. Die europäische Landwirtschaft kann danach einen weiteren wichtigen Beitrag zur Senkung der Nicht-CO₂-Emissionen wie Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) leisten. Eine merkliche Reduzierung sei bereits erreicht worden. Verglichen mit dem Niveau von 1990 könne bis 2050 insgesamt eine Reduzierung dieser Emissionen um 42 - 49 % durch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz bei der Düngung und in der Tierhaltung erreicht werden. Durch verbesserte land- und forstwirtschaftliche Praktiken könne die Kapazität des Sektors als Kohlenstoff-Senke erhöht werden. Allerdings dürfe die Verringerung der Emissionen innerhalb der EU nicht zur Erhöhung der globalen Emissionen führen. Der Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen werde durch die wachsende Weltbevölkerung steigen. Es sei eine Herausforderung, gleichzeitig die Klimaziele zu verfolgen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Roadmap unter:

http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/index_en.htm



EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR REDUZIERUNG DES PROTEINDEFIZITS IN DER EU

Bei der Plenarsitzung des EP am 08.03.2011 in Straßburg wurde die Entschließung „Das Proteindefizit in der EU: Wie lässt sich das seit langem bestehende Problem lösen?“ verabschiedet. Mit der Annahme des Berichts von MdEP *Martin Häusling* (Grüne/EFA/Deutschland) schlägt das EP Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von importierten pflanzlichem Eiweiß vor. Derzeit würden 70 % (42 Mio. t im Jahr 2009) der verbrauchten pflanzeneiweißreichen Rohstoffe, insbesondere Sojamehl, importiert. Aber nur auf 3 % der EU-Ackerfläche würden derzeit Eiweißpflanzen angebaut. Dies sei auch eine Folge internationaler Handelsabkommen, die der EU erlaubten, ihren Getreideanbau zum Nachteil von Öl- und Eiweißpflanzen zu schützen. Das EP fordert die Kommission auf, im Rahmen der Reform der GAP bis 2020 ausreichende Maßnahmen und Instrumente zur Verbesserung der Fruchtfolgesysteme und dem vermehrten Anbau von Eiweißpflanzen vorzusehen. Beratung, Forschung und Entwicklung im Bereich Eiweißpflanzen sollten verstärkt werden. Auch eine Verwertung von verarbeiteten tierischen Proteinen an Monogaster unter den Bedingungen der TSE-Roadmap 2 vom 16.07.2010 wird gefordert. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich laut EP-Entschließung die bestehenden Abhängigkeiten von Eiweißimporten verringern und gleichzeitig Vorteile für die Umwelt erzielen.

Entschließungstext unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20110308+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP-ENTSCHLIESSUNG KRITISIERT AUSSENHANDELSPOLITIK DER KOMMISSION

Bei der Plenarsitzung des EP am 08.03.2011 in Straßburg wurde die Entschließung „Landwirtschaft und internationaler Handel“ verabschiedet. Mit der Zustimmung zum Bericht von MdEP *Georgis Papastamkos* (EVP/Griechenland) kritisiert das EP vor allem die Außenhandelspolitik der Kommission, die „viel zu oft“ Zugeständnisse bei der Landwirtschaft verlange, um einen erleichterten Marktzugang für Industriegüter und Dienstleistungen in Drittstaaten zu erreichen. Im Moment sei die EU, mit einem Anteil von beinahe 20 % an den weltweiten Importen, der größte Importeur landwirtschaftlicher Produkte.



Entschließungstext unter:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+TA+20110308+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20110308+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

ENTLASTUNG DES EU-ZUCKERMARKTES

Auf Vorschlag der Kommission entschied der zuständige Verwaltungsausschuss am 24.02.2011, vorhandenen Nicht-Quotenzucker bis zu einer Höhe von 500.000 t für den Binnenmarkt freizugeben. Die Abgabe wird über ein Ausschreibungssystem geregelt. Die Kommission hat auch die Absicht, im März über ein zollfreies Importkontingent in Höhe von 300.000 t für rohen oder raffinierten Zucker aus Drittländern zu entscheiden. „Angesichts hoher Weltmarktpreise und einer angespannten Versorgungslage werden diese Maßnahmen dazu beitragen, auf dem EU-Markt mehr Zucker zur Verfügung zu stellen“, kommentierte Agrarkommissar *Cioloş* die Entscheidung. Copa-Cogeca (Dachverband der europäischen Bauernverbände und der landwirtschaftlichen Genossenschaften) begrüßte die Freigabe von Nicht-Quotenzucker für den Binnenmarkt, lehnte aber gleichzeitig die Schaffung einer zusätzlichen Importquote ab.

Pressemeldung unter:

[http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=28/02/2011&direction=0
&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=28/02/2011&direction=0&guiLanguage=en)

COPA-COGECA FORDERT STÄRKERE BERÜCKSICHTIGUNG DER FORSTWIRTSCHAFT

Im Rahmen eines Seminars mit dem Thema „Die europäischen Wälder bieten Lösungen für zukünftige Herausforderungen“ am 24.02.2011 in Brüssel rief Copa-Cogeca zu einer Verstärkung des Politikrahmens für Wälder auf. „Wälder und sonstige Waldgebiete bedecken 44 % der Fläche Europas und spielen eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Erbringung von Ökosystemleistungen“, so *Pekka Pesonen*, Generalsekretär von Copa-Cogeca. Die Forstwirtschaft trage zur Erfüllung der EU-Klimaziele bei, sie spiele eine entscheidende Rolle auf dem Gebiet der erneuerbaren Energieträger und sie generiere Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die vielfältigen, der Gesellschaft erbrachten Ökosystemleistungen müssten vergütet werden. Er forderte mehr Anerkennung für Waldbesitzer und Forstwirte. In der künftigen EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums müsse der Forstwirtschaft



Rechnung getragen werden. Europa müsse den Fokus auf die Förderung und Festigung von nachhaltiger Waldbewirtschaftung und die multifunktionale Rolle der Wälder richten. Auf dem Seminar wurde auch eine Broschüre zum Thema herausgegeben.

Pressemitteilung unter:

<http://www.copa-cogeca.be/Main.aspx?page=HomePage>

PRIVATE LAGERHALTUNG VON 144.000 T SCHWEINEFLEISCH BEZUSCHUSST

Wie die Kommission am 04.03.2011 mitteilte, wurde durch die Beihilfe zur privaten Lagerhaltung die Einlagerung von mehr als 144.000 t Schweinefleisch bezuschusst. In Deutschland wurde mit 41.000 t am meisten eingelagert, was 28 % der Gesamtmenge entspricht. Auch in Spanien, Dänemark und in den Niederlanden wurde viel eingelagert. Dagegen waren es in Frankreich nur 7.700 t. Die Entscheidung zur Unterstützung der privaten Lagerhaltung fiel im zuständigen Verwaltungsausschuss am 27.01.2011. Die Regelung trat am 01.02.2011 in Kraft. Am 24.02.2011 wurde beschlossen, keine Beihilfen zur privaten Lagerhaltung von Schweinefleisch mehr zu gewähren. Alle Anträge, die nach dem 21.02.2011 eingingen, wurden abgelehnt.

ERSTE MASSNAHME NACH NEUER „KOMITOLOGIE“-VERORDNUNG BESCHLOSSEN

Am 01.03.2011 beschloss die Kommission, die in Bulgarien eingerichteten Sperrzonen zur Eindämmung der Maul- und Klauenseuche zu verkleinern. Die Maßnahme wurde erstmals nach den Regeln der neuen „Komitologie“-Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des EP und des Rates vom 16.02.2011 durchgeführt, die am 01.03.2011 in Kraft trat. Danach kontrollieren die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission. Der im Entwurf vorgelegte Beschluss wurde gemäß dem vorgesehenen „Prüfverfahren“ von den Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) unterstützt. Zum 01.03.2011 wurden das Beratungs-, das Verwaltungs-, das Regelungsverfahren und das Verfahren bei Schutzmaßnahmen „deaktiviert“ und durch die neuen Verfahren (Beratungs-, Prüf- und Dringlichkeitsverfahren) gemäß der neuen „Komitologie“-Verordnung ersetzt (s. dazu EB 04/11 Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament).



Pressemitteilung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/245&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-STUDIE UNTERSUCHT TREIBHAUSGASAUSSTOSS DER TIERHALTUNG

Am 02.03.2011 hat das Gemeinsame Forschungszentrum der Kommission (JRC, Joint Research Centre) eine Studie zum Treibhausgasausstoß der Tierhaltung in der EU veröffentlicht. Die Erzeugung von tierischen Nahrungsmitteln ist demnach für 9 - 12 % der gesamten Treibhausgas-Emissionen in der EU (2004) verantwortlich, was jährlich ca. 661 Mio. t CO₂-Äquivalenten entspricht (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/livestock-gas/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 07.03.2011 IN BRÜSSEL

Am 07.03.2011 trafen sich die Beschäftigungs- und Sozialminister in Brüssel. In Vorbereitung des Europäischen Rates am 24./25.03.2011 wurden unter anderem der gemeinsame Beschäftigungsbericht sowie Schlussfolgerungen zur Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung angenommen. Darüber hinaus standen die Annahme eines neuen Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 in Form von Ratsschlussfolgerungen sowie ein Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Konsultation im Zusammenhang mit dem Grünbuch Rente im Mittelpunkt des Treffens.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/119656.pdf

GIPFEL IN BRÜSSEL ZUM THEMA „FRAUEN IN VORSTANDSETAGEN“

Am 01.03.2011 traf sich die Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, *Reding* in Brüssel mit Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzenden von börsennotierten Unternehmen aus zehn EU-Mitgliedstaaten. Anlass für die Zusammenkunft war die Tatsache, dass Europas Unternehmenslandschaft immer noch männlich dominiert ist. Wie einem ebenfalls am 01.03.2011 veröf-



fentlichten Bericht der Kommission über das Geschlechtergleichgewicht in Führungspositionen zu entnehmen ist, stellen Frauen durchschnittlich lediglich 12 % der Vorstandsmitglieder der größten börsennotierten Unternehmen in der EU bzw. 3 % der Vorstandsvorsitzenden. Bei dem Treffen in Brüssel wurde darüber debattiert, wie man an diesem Ungleichgewicht – Frauen stellen immerhin 60 % der Universitätsabgänger – etwas ändern kann. Im Zentrum stand die Frage, ob eine deutliche Veränderung der Situation eher über Selbstverpflichtungen oder über legislatives Vorgehen zu erreichen ist.
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=996&furtherNews=yes>

ERSTER EUROPaweITER TAG DER LOHNGLEICHHEIT

Am 05.03.2011 fand der erste europaweite Tag der Lohngleichheit statt. Dieser war von der Kommission im Rahmen des Fahrplans für Gleichstellung 2010-2015 ins Leben gerufen worden. Er wird von nun an jedes Jahr an dem Tag veranstaltet, bis zu dem Frauen pro Jahr länger arbeiten müssten, um dasselbe Gehalt wie ihre männlichen Kollegen zu erhalten. Momentan verdienen Frauen im EU-Durchschnitt ungefähr 17,5 % weniger als Männer.
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=999&furtherNews=yes>
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9787_de.htm

KOMMISSION: STUDIE ZU STRESS AM ARBEITSPLATZ

Am 24.02.2011 veröffentlichte die Kommission eine Studie zu Stress am Arbeitsplatz (IP/11/223). Darin bewertet sie eine im Jahr 2004 geschlossene Vereinbarung zwischen den europäischen Sozialpartnern, die ein Mindestschutzniveau gegen Stress am Arbeitsplatz gewährleisten sollte.
<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6560&langId=en>
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9767_de.htm

VERBOT VON BISPHENOL A IN BABYFLASCHEN

Am 01.03.2011 trat ein europaweites Verbot von Bisphenol A (BPA) in Babyflaschen in Kraft. Ab sofort dürfen Hersteller die Chemikalie bei der Produktion von Babyflaschen nicht mehr verwenden. BPA ist als Ausgangsstoff in vielen Plastikprodukten enthalten, beispielsweise in Lebensmittelverpackungen, Frischhalteboxen oder als Innenbeschichtung in Konservendosen. Es handelt



sich um eine Chemikalie mit östrogenen Wirkung, die nach Ansicht vieler Experten gesundheitsschädigend ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/229&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUGH: URTEIL IN DER RECHTSSACHE ASSOCIATION BELGE DES CONSOMMATEURS – UNISEX-VERSICHERUNGSTARIFE

Am 01.03.2011 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-236/09 (Association belge des Consommateurs Test-Achats ASBL u.a.), dass die Berücksichtigung des Geschlechts von Versicherten als Risikofaktor in Versicherungsverträgen eine Diskriminierung darstellt. Er erklärte deshalb die Ausnahme von der Grundregel geschlechtsneutraler Prämien und Leistungen im Versicherungssektor mit Wirkung vom 21.12.2012 für ungültig.

www.curia.europa.eu

EUGH: URTEIL IN DER RECHTSSACHE GERARDO RUIZ ZAMBRANO

Der EuGH hat im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens am 08.03.2011 entschieden (Rechtssache C-34/09), dass Nicht-EU-Bürger automatisch ein Aufenthaltsrecht in der EU haben, wenn ihre minderjährigen Kinder die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes besitzen (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

www.curia.europa.eu

EU-JUGENDKONFERENZ IN BUDAPEST ENDET MIT KONKRETEN EMPFEHLUNGEN

Anfang März fand in Budapest eine EU-Jugendkonferenz zur Beschäftigungssituation von Jugendlichen in Europa statt, die mit der Annahme von politischen Empfehlungen ihren Abschluss fand. Diese Empfehlungen beziehen sich u. a. auf den Übergang von der Schule in die Berufswelt, sozialen Schutz sowie die Anerkennung von Kompetenzen und werden dem EU-Jugendministerrat vorgelegt, der noch während der ungarischen Präsidentschaft eine Entschließung zu diesem Thema annehmen soll (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

http://www.youthforum.org/images/stories/Documents/European_Union/Structured_Dialogue/Conclusions_Budapest_EUYouthConference.pdf



RAT STÄRKT PATIENTENRECHTE IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 28.02.2011 ohne Aussprache mit qualifizierter Mehrheit die Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung formell angenommen und damit das Gesetzgebungsverfahren nach nunmehr zweieinhalb Jahren abgeschlossen. Die Mitgliedstaaten haben nach Inkrafttreten der Richtlinie 30 Monate Zeit, die neuen Vorgaben in nationales Recht umzusetzen bzw. ihr nationales Recht entsprechend anzupassen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/119514.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EURYDICE-STUDIE ZUR ERWACHSENENBILDUNG VERÖFFENTLICHT

Nachdem die Kommission im Jahr 2007 den „Aktionsplan Erwachsenenbildung: Zum Lernen ist es nie zu spät“ angenommen hat, berichtet sie in einem Anfang März veröffentlichten Arbeitspapier nun über die seitdem im Bereich der Erwachsenenbildung erzielten Fortschritte. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Studie, die vom Eurydice-Netz im Rahmen des Aktionsplans Erwachsenenbildung durchgeführt wurde und sich mit Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für unterqualifizierte Erwachsene befasst.

Die Eurydice-Studie ist – allerdings nur auf Englisch – unter folgender Adresse verfügbar:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/128EN.pdf

EU-JUGENDKONFERENZ IN BUDAPEST ENDET MIT KONKRETEN EMPFEHLUNGEN

Anfang März fand in Budapest eine EU-Jugendkonferenz zur Beschäftigungssituation von Jugendlichen in Europa statt, die mit der Annahme von politischen Empfehlungen ihren Abschluss fand. Diese Empfehlungen beziehen sich u. a. auf den Übergang von der Schule in die Berufswelt, sozialen Schutz sowie die Anerkennung von Kompetenzen und werden dem EU-Jugendministerrat vorgelegt, der noch während der ungarischen Präsidentschaft eine Entschließung zu diesem Thema annehmen soll.



Das Schlussdokument der EU-Jugendkonferenz steht – allerdings nur auf Englisch – unter folgender Adresse zur Verfügung:

http://www.youthforum.org/images/stories/Documents/European_Union/Structured_Dialogue/Conclusions_Budapest_EUYouthConference.pdf

INFORMELLE TAGUNG DER EUROPÄISCHEN SPORTMINISTER AM 22./23.02.2011

Unter Vorsitz des ungarischen Sportministers *Attila Czene* diskutierten die europäischen Sportminister im Rahmen ihrer informellen Ratstagung am 22./23.02.2011 in Gödöllő über die Finanzierung eines EU-Sportprogramms ab 2014 sowie über die Vertretung der EU-Mitgliedstaaten in der WADA (World Anti-Doping Agency). Weitere Themen waren die Vorbereitung eines dreijährigen Arbeitsplans für den Sport, der auf dem formellen Sportministerrat am 19.05.2011 angenommen werden soll, sowie die europäische Dimension des Seniorensports. Unmittelbar vor der Tagung der Sportminister fand zum dritten Mal das EU-Sportforum statt, dessen inhaltlichen Schwerpunkt die im Januar veröffentlichte Mitteilung der Kommission zur europäischen Dimension des Sports bildete.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 09./10.03.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat befasste sich mit zwei für das StMWFK wichtigen Punkten: Der Zwischenevaluierung des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) und der Pilot-Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ im Rahmen der Leitinitiative „Innovationsunion“. Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Zwischenevaluierung des laufenden 7. EU-FRP angenommen. Sie ist ein wichtiger Zwischenschritt bei der Konzeption des 8. FRP (ab 2014). Der Bericht untermauert die forschungspolitische Ausrichtung, die sich in der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Europa 2020-Strategie angekündigt hat. Im Hinblick auf das 8. FRP wird u. a. ein Umbau zu mehr Ergebnis- und Innovationsorientierung befürwortet. Die Ratsschlussfolgerungen stützen im Wesentlichen diesen Kurs. Der Wettbewerbsfähigkeitsrat stützt sich bei seinen Schlussfolgerungen zur Pilotpartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ auf die vorangegangenen Entscheidungen des Europäischen Rats vom



17.06.2010 und 04.02.2011 sowie auf seinen eigenen Beschluss vom 26.11.2010. Die Kommission findet zwar grundsätzliche Rückendeckung bei ihren Vorbereitungen zum Start der Pilotpartnerschaft, die das Ziel hat, die Zahl der gesunden Lebensjahre im Durchschnitt bei jedem Europäer um zwei zu verlängern. Gleichzeitig setzt der Rat eine Reihe von Vorbehalten. Ratsschlussfolgerungen zur Zwischenevaluierung des 7. FRP (bisher nur auf Englisch verfügbar):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119692.pdf

Ratsschlussfolgerungen zum Pilotvorhaben Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ (bisher nur auf Englisch verfügbar):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119694.pdf

BAYERN AN NEUEN PROJEKTEN DER INNOVATIVE MEDICINES INITIATIVE (IMI) STARK BETEILIGT

In der zweiten Auswahlrunde in der Innovative Medicines Initiative (IMI) als größtem Public-Private-Partnership im bio-pharmazeutischen Sektor sind Wissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg an zwei von acht Projekten beteiligt. Die neuen Projekte zur Erforschung und Entwicklung innovativer Medikamente starten in den nächsten Wochen und beschäftigen sich hauptsächlich mit den Themen Krebs, Autoimmunerkrankungen, infektionsbedingte Erkrankungen und einem System für ein elektronisches Gesundheitswesen. Insgesamt werden von IMI jetzt 23 Projekte mit einem Gesamtetat von 450 Mio. € gefördert. Finanziert werden diese von der EU und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA), die die pharmazeutische Industrie in Europa repräsentiert.

Website der Innovative Medicines Initiative (IMI):

<http://www.imi.europa.eu/>

DEBATTE UM ZUSAMMENLEGUNG VON MEDIEN- UND KULTURPROGRAMM

Die geplante Zusammenlegung des EU-Medienprogramms mit anderen Förderprogrammen, insbesondere dem Kulturprogramm, soll nach Kommissionsangaben nicht zu einer Budgetbeschränkung führen. Die Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, *Androulla Vassiliou*, erklärte



anlässlich einer Konferenz der Animationsfilmbranche, dass sie sich aus einer Zusammenlegung Synergieeffekte erhoffe, weil die Fördermittel dann dort eingesetzt werden könnten, wo sie am nötigsten seien. Das Budget für das MEDIA Programm solle mindestens in der bestehenden Höhe erhalten bleiben. Sie wünsche sich einen offenen und konstruktiven Dialog, um die Nutzung der Fördergelder zu optimieren. Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* bekräftigte die herausragende Bedeutung, die der Kultursektor für die europäische Wirtschaft habe. Schon deshalb sei es im Interesse der Kommission, diesen weiterhin zu fördern (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 07. - 10.03.2011 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf seiner Sitzung in Straßburg vom 07. - 10.03.2011 hat das EP u .a. eine EntschlieÙung zum Umgang mit der H1N1-Grippepandemie, zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU und zur Reduzierung des Proteindezits angenommen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-023+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

[//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-023+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-023+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-024+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

[//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-024+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20110307+ITEM-024+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0084+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION LEGT ENERGIEEFFIZIENZAKTIONSPLAN VOR UND MÖCHTE DAMIT DAS 20 %-EINSPARUNGSZIEL BIS 2020 ERREICHEN

Die Kommission hat am 08.03.2011 den Energieeffizienzaktionsplan 2011 vorgelegt. Die darin angekündigten Maßnahmen sollen zu einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis zum Jahr 2020 beitragen. Dieses politische Ziel hat sich die EU im Jahr 2007 gesetzt, die Staats- und Regierungschefs haben es beim Sondergipfel am 04.02.2011 bekräftigt. Momentan sei man jedoch erheblich im Rückstand und würde ohne weitere Maßnahmen allenfalls die Hälfte des vereinbarten Ziels erreichen. Die geplanten Maßnahmen konzentrieren sich vor allem auf die energetische Sanierung des Gebäudebestands,



insbesondere von öffentlichen Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie und bei Haushaltsgeräten sowie die Einführung intelligenter Netze und Zähler. Die Kommission möchte im Jahr 2013 die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Energieeinsparung überprüfen; wenn ihr daraufhin das 20 %-Ziel nicht erreichbar erscheint, werde sie rechtsverbindliche Einsparziele vorschlagen (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/271&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KLIMASCHUTZ – FAHRPLAN FÜR EINE CO₂-ARME WIRTSCHAFT BIS 2050

Am 08.03.2011 hat die Kommission – zeitgleich mit dem Energieeffizienzaktionsplan 2011 – den „Fahrplan für die Schaffung eines wettbewerbsfähigen kohlenstoffarmen Europa bis 2050“ vorgestellt (s. hierzu Beiträge des StMWIVT in diesem EB). Das als Mitteilung veröffentlichte Strategiepapier beschreibt ein Wirtschaftsmodell, das es der EU erlauben soll, bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 80 - 95 %, relativ zum Basisjahr 1990, kosteneffizient zu reduzieren. Auf der Basis von Kosten-Nutzen-Analysen gibt der Fahrplan Empfehlungen zur zukünftigen EU-Klimaschutz- bzw. Wirtschaftspolitik, aufgeschlüsselt nach nationalen und regionalen kohlendioxidsparenden Strategien und Langzeitinvestitionen. Dazu müssen nach Ansicht der Kommission jährlich ca. 270 Mrd. €, entsprechend 1,5% des EU-Bruttoinlandsprodukts, in den Klimaschutz investiert werden. Dadurch ließen sich aber in den kommenden 40 Jahren durch konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Energiesparkonzepte 175 - 320 Mrd. € bei Energieimporten einsparen. Auf dem EU-Umweltministerratstreffen am 14.03.2011 wird die Kommission den Klimaschutz-Fahrplan und den Energieeffizienzaktionsplan den Mitgliedstaaten vorstellen. Im nächsten Schritt sieht es die Kommission als notwendig an, sektorspezifische Strategien in Zusammenarbeit mit den betroffenen Wirtschaftsbereichen bzw. Sektoren zu entwickeln.

http://ec.europa.eu/clima/documentation/roadmap/docs/com_2011_112_en.pdf

KOMMISSION STELLT 267 MIO. EURO FÜR NEUE UMWELTPROJEKTE BEREIT

Am 26.02.2011 hat die Kommission ihre jährliche Aufforderung für das Einreichen von Projektanträgen zur Finanzierung durch LIFE+ veröffentlicht. Es ste-



hen 267 Mio € für die Kofinanzierung von Projekten für die drei Programmbereiche Natur und biologische Vielfalt, Umweltpolitik und Verwaltungspraxis sowie Information und Kommunikation zur Verfügung. Das EU-Förderprogramm LIFE+ umfasst für den Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt 2,143 Mrd. € und sieht grundsätzlich eine 50 %-Kofinanzierung der Umweltprojekte vor, bei prioritären Arten und Lebensräumen bis zu 75 %. 2010 hatte LIFE+ 9 Projekte in Deutschland (u. a. Steigerwaldrand Iphofen in Bayern) bezuschusst. Die Frist zur Einreichung der Anträge endet am 18.07.2011.

<http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm>

EU-STUDIE UNTERSUCHT TREIBHAUSGASAUSSTOSS DER TIERHALTUNG

Am 02.03.2011 hat das Gemeinsame Forschungszentrum der Kommission (JRC, Joint Research Center) eine Studie zum Treibhausgasausstoß der Tierhaltung in der EU veröffentlicht. Die Erzeugung von tierischen Nahrungsmitteln ist demnach für 9-12 % der gesamten Treibhausgas-Emissionen in der EU (2004) verantwortlich, was jährlich ca. 661 Mio. t CO₂-Äquivalenten entspricht.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/livestock-gas/index_en.htm

RAT STÄRKT PATIENTENRECHTE IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 28.02.2011 ohne Aussprache mit qualifizierter Mehrheit die Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung formell angenommen und damit das Gesetzgebungsverfahren nach nunmehr zweieinhalb Jahren abgeschlossen. Österreich, Polen, Portugal und Rumänien stimmten dagegen, die Slowakei enthielt sich. Zuvor hatten sich der Rat und das EP im Dezember 2010 auf einen Kompromisstext geeinigt, den das EP in zweiter Lesung am 19.01.2011 angenommen hatte (EB 02/11). Die Mitgliedstaaten haben nach Inkrafttreten der Richtlinie 30 Monate Zeit, die neuen Vorgaben in nationales Recht umzusetzen bzw. ihr nationales Recht entsprechend anzupassen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/119514.pdf

AUSWEITUNG DER ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN

Die Kommission hat am 03.03.2011 per Verordnung beschlossen, die Richt-



linie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen 2005/36/EG zu ändern und das Verfahren der automatischen Anerkennung beruflicher Qualifikationen auf Spezialisten in medizinischer Onkologie und in der Humangenetik bzw. Medizinischer Genetik auszuweiten. Zusätzlich werden in den Anwendungsbereich der Richtlinie bestimmte, in Österreich absolvierte Ausbildungen in verschiedenen Pflegebereichen bzw. in der Krankenhaushygiene aufgenommen. Die Verordnung tritt am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Verordnung:

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/amendment-2005-36-ec_de.pdf

Weitere Informationen zur Anerkennung von Berufsqualifikationen:

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/index_de.htm

KONSULTATIONSVERFAHREN ZU GRENZÜBERSCHREITENDEN GESUNDHEITSBEDROHUNGEN

Am 04.03.2011 hat die Kommission ein Konsultationsverfahren im Bereich der Gesundheitssicherheit gestartet, das bis zum 29.04.2011 laufen wird. Es geht dabei um die Kernfrage, mit welcher koordinierten europäischen Vorgehensweise bei grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen wie z. B. Infektionskrankheiten, nuklearen, biologisch oder chemisch bedrohlichen Ereignissen die EU-Bürger am besten geschützt werden könnten. Beiträge können hier eingereicht werden:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=healthsecurity>

EUROBAROMETER: EU-BÜRGER BEFÜRWORTEN ENGERE ZUSAMMENARBEIT AUF EU-EBENE BEI SELTENEN KRANKHEITEN

Am 28.02.2011, zeitgleich mit dem 4. Internationalen Tag der seltenen Krankheiten und der förmlichen Verabschiedung der Richtlinie über Patientenrechte (s. Beitrag in diesem EB), hat die Kommission die Ergebnisse einer in ihrem Auftrag durchgeführten Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Diese wurde vom 25.11. bis 17.12.2010 in allen Mitgliedstaaten zu dem Zweck durchgeführt, das Wissen, die Erfahrung und die Ansichten der EU-Bürger über seltene Krankheiten zu erfahren. Seltene Krankheiten wie z. B. Mukoviszidose (Stoffwechselerkrankung), Hämophilie (Bluterkrankheit) oder Chorea Huntington (Nervenkrankheit) sind solche, die weniger als 5 von 10.000 Men-



schen betreffen. In der EU leiden zwischen 27 bis 36 Millionen Bürger an einer solchen Krankheit und bedürfen einer besonderen Gesundheitsversorgung.
Umfrageergebnisse:

http://ec.europa.eu/health/eurobarometers/index_en.htm

Weitere Informationen zu seltenen Krankheiten:

http://ec.europa.eu/health/rare_diseases/policy/index_de.htm

ZWISCHENEVALUIERUNG DES 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 09.03.2011 Schlussfolgerungen zur Zwischenevaluierung des laufenden 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP) angenommen. Die Zwischenevaluierung ist ein wichtiger Zwischenschritt bei der Konzeption des 8. FRP (ab 2014). Der Bericht untermauert die forschungspolitische Ausrichtung, die sich in der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Europa 2020-Strategie angekündigt hat. Im Hinblick auf das 8. FRP wird in der Zwischenevaluierung des 7. FRP u.a. ein Umbau zu mehr Ergebnis- und Innovationsorientierung befürwortet. Die Ratsschlussfolgerungen stützen im Wesentlichen diesen Kurs. Im Hinblick auf das Budget des nächsten Forschungsrahmenprogramms enthalten die Ratsschlussfolgerungen keine Aussagen (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119692.pdf

EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFT (EIP) „AKTIVES UND GESUNDES ALTERN“

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat stützt sich bei seinen Schlussfolgerungen zur Pilotpartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“ vom 09.03.2011 auf die vorangegangenen Entscheidungen des Europäischen Rats vom 17.06.2010 und 04.02.2011 und auf seinen eigenen Beschluss vom 26.11.2010. Die Kommission findet zwar grundsätzliche Rückendeckung bei ihren Vorbereitungen zum Start der Pilotpartnerschaft, die das Ziel hat, die Zahl der gesunden Lebensjahre im Durchschnitt bei jedem Europäer um zwei zu verlängern. Der Rat würdigt das Aufstellen einer Steuerungsgruppe, die im Lauf des Sommers 2011 einen Strategic Implementation Plan (SIP) erstellen soll, der die Basis für konkrete Initiativen bilden soll. Gleichzeitig setzt der Rat eine Reihe von Vorbehalten (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119692.pdf



[694.pdf](#)

BAYERN AN NEUEN PROJEKTEN DER INNOVATIVE MEDICINES INITIATIVE (IMI) STARK BETEILIGT

In der zweiten Auswahlrunde in der Innovative Medicines Initiative (IMI) als größtem Public-Private-Partnership im bio-pharmazeutischen Sektor sind Wissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg an zwei von acht Projekten beteiligt. Die neuen Projekte zur Erforschung und Entwicklung innovativer Medikamente starten in den nächsten Wochen und beschäftigen sich hauptsächlich mit den Themen Krebs, Autoimmunerkrankungen, infektionsbedingte Erkrankungen und einem System für ein elektronisches Gesundheitswesen. Insgesamt werden von IMI jetzt 23 Projekte mit einem Gesamtetat von 450 Mio. € gefördert. Finanziert werden diese von der EU und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA), die die pharmazeutische Industrie in Europa repräsentiert (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://www.imi.europa.eu/>

VERBOT VON BISPHENOL A IN BABYFLASCHEN

Am 01.03.2011 trat ein europaweites Verbot von Bisphenol A (BPA) in Babyflaschen in Kraft. Ab sofort dürfen Hersteller die Chemikalie bei der Produktion von Babyflaschen nicht mehr verwenden. BPA ist als Ausgangsstoff in vielen Plastikprodukten enthalten, beispielsweise in Lebensmittelverpackungen, Frischhalteboxen oder als Innenbeschichtung in Konservendosen. Es handelt sich um eine Chemikalie mit östrogenen Wirkung, die nach Ansicht vieler Experten gesundheitsschädigend ist. Ab 01.06.2011 dürfen BPA-haltige Babyflaschen auch nicht mehr verkauft werden (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/229&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

DEBATTE UM DIE ZUKUNFT DES MEDIAPROGRAMMS GEHT WEITER

Mit einer am 03.03.2011 auf dem europäischen Forum „Cartoon Movie“ in Lyon unterzeichneten Petition haben Akteure der Animationsfilmbranche ihre



Sorge um die Zukunft des MEDIA Programms der EU (EB 04/11) zum Ausdruck gebracht, u .a. *Nick Park*, der Erfinder von „Wallace und Grommit“, sowie der Regisseur *Patrice Leconte*. In dem Schreiben fordern sie die Kommission auf, das Förderprogramm in der aktuellen Form aufrechtzuerhalten. Die zuständige Generaldirektion hat für den 18.03.2011 eine öffentliche Anhörung zur Thematik angekündigt. Das Ergebnis soll dann in ihre noch für diesen Monat vorgesehene Entscheidung über das MEDIA Programm einfließen.

http://ec.europa.eu/culture/media/programme/overview/news/publichearing_en.htm

<http://www.larp.fr/home/?p=2257>

<http://www.mediadesk-deutschland.eu/artikel-detail.php?id=1073>

BREITBANDINVESTITIONEN: KOMMISSION BITTET INDUSTRIE UM VORSCHLÄGE

Die Kommissionsvizepräsidentin und Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, hat auf einer Konferenz in Brüssel am 03.03.2011 hochrangige Personen aus der IKT-Industrie um Vorschläge für ein größeres privates Engagement im Bereich der neuen Generation von Breitbandnetzwerken gebeten.

http://ec.europa.eu/dgs/information_society/index_en.htm

UMSETZUNG DER DIGITALEN AGENDA: KROES ZIEHT POSITIVE BILANZ

In einer Rede auf der CeBIT am 01.03.2011 äußerte sich Vizepräsidentin *Neelie Kroes* positiv zum Stand der bisherigen Umsetzung der Digitalen Agenda (EB 10/10). Neun Monate nach der Veröffentlichung des Pakets seien bereits 10 % der Maßnahmen verwirklicht. 80 % seien im Zeitplan und nur 10 % seien noch nicht angegangen worden. *Kroes* kündigte weitere Details für Mai bei der ersten Veröffentlichung des jährlich vorgesehenen Bewertungsberichtes zur Digitalen Agenda („Digital Agenda Scoreboards“) an.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9777_de.htm

KROES FORDERT RADIOBRANCHE ZU MEHR ENGAGEMENT IM RAHMEN DER DIGITALEN REVOLUTION AUF

Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Europäischen Radioverbandes (Association of European Radios, AER) forderte Vizepräsidentin *Neelie Kroes*



bei einer im EP in Brüssel abgehaltenen Konferenz am 03.03.2011 die Radio-
branche auf, sich aktiver bei der Mitgestaltung der digitalen Zukunft des Radios
einzubringen.

http://www.aereurope.org/content/view/403/127/lang.en_GB/

KOMMISSION PRÜFT KARTELLABSPRACHEN BEI E-BOOK-VERLAGEN

Berichten der Kommission zufolge wurden am 01.03.2011 in mehreren
Mitgliedstaaten Untersuchungen wegen des Verdachts auf Kartellabsprachen
beim Verkauf elektronischer Bücher durchgeführt. Vertreter der Kommission
sowie nationaler Behörden hätten in verschiedenen namentlich nicht genann-
ten Unternehmen ermittelt.

<http://www.euractiv.de/markt-und-wettbewerb/artikel/preisabsprachen-ebook-anbieter-unter-verdacht-004445>